

II-3486 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Zl. 10.101/133-I/1/81

Wien, am 16. Feber 1982

Parlamentarische Anfrage Nr. 1649/J
der Abg. Dipl.Ing.Dr. Leitner und Gen.
betr. Überstundenleistungen im Bereich
der Bundesverwaltung

16371AB

1982 -02- 18

zu 16491J

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a
Parlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 1649/J, welche die Abgeordneten Dipl.Ing.
Dr. Leitner und Genossen am 18. Dezember 1981, betreffend Überstunden-
leistungen im Bereich der Bundesverwaltung, an mich gerichtet haben,
beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1):

Bei der vom Bundesminister für soziale Verwaltung angestellten
Überlegung handelt es sich um eine von mehreren Denkanstößen, um grund-
sätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeitsplatzsicherung zur
Diskussion zu stellen.

Zu 2):

Für die Abgeltung von Überstunden wurden im Jahre 1980 sowie in der
Zeit vom Jänner bis September 1981 nachstehende Mittel aufgewendet:

<u>1980</u>	Zentralleitung	S 6,485.096,--
	übrige Dienststellen	S 76,232.450,70
<u>1981</u>	Zentralleitung	S 5,308.489,--
	übrige Dienststellen	S 58,013.950,80

Zu 3) und 4):

Auf Grund der vom Bundesrechenamt zur Verfügung gestellten Unterlagen
wurden 1980 bzw. in der Zeit von Jänner bis einschließlich September 1981
nachstehende Überstunden bzw. sonstige Mehrdienstleistungen abgegolten.

./.

- 2 -

	Überstunden	Aufwand S	sonstige Mehrdienst- leistungen S
<u>1980</u> Zentrallei- tung	50.313,--	6,485.096,--	446.427,00
übrige Dienst- stellen	1,004.668,56	76,232.450,70	12,748.602,80
<u>1981</u> Zentrallei- tung	38.385,--	5,308.489,--	402.069,50
übrige Dienst- stellen	721.085,87	58,013.950,80	9,583.394,40

Es wird darauf hingewiesen, daß auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen des Bundesrechenamtes zwar die der Bezahlung der Überstunden zugrunde gelegte Anzahl der Überstunden bekanntgegeben werden kann, ein solcher Rückschluß jedoch bei den einzelnen Arten von Mehrdienstleistungszulagen nicht möglich ist.

Zu 5):

Die Beantwortung dieser Frage ist aus den zu Frage 3 angeführten Gründen nicht möglich.

Zu 6) bis 8):

Hier handelt es sich um eine generelle, nicht nur den Ressortbereich betreffende Frage, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten berührt. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt. Weiters wäre darauf hinzuweisen, daß bei der Erstellung des jeweiligen Stellenplanes des kommenden Jahres nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen wird. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Überstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen -, es würde auch ein wesentliches

./.

- 3 -

Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen.

Zu 9):

Wie schon zu Frage 1 ausgeführt wurde, stellt die Überlegung von Bundesminister Dallinger lediglich einen Denkanstoß dar. Eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "W. Hainig". The signature is written in a cursive style with a large, looping initial "W".